

# «Ein schwarzer Tag für den ganzen Finanzplatz»

**Interview** Peter V. Kunz über die Auswirkungen des Libor-Skandals auf UBS, Finanzplatz und Bankgeheimnis

VON STEFAN SCHMID

**Herr Kunz, die UBS bezahlt in den USA 1,2 Milliarden Franken Busse. Hat sie damit den Lizenzentzug abgewendet?**

**Peter V. Kunz:** Für den Moment schon. Massgeblich im Bezug auf die USA ist das Deferred Prosecution Agreement (DPA). Dieses ist eine aussergerichtliche Einigung, bei welcher der Beschuldigte eine gewisse Verantwortung für illegales Verhalten eingesteht, eine Busse bezahlt, Besserung gelobt und einer Beaufsichtigung zustimmt.

**Die UBS hatte sich in den USA bereits 2009 mit 780 Millionen Dollar freigekauft.**

Die Bank ist eine Wiederholungstäterin, auch wenn die Delikte von damals und heute nicht vergleichbar sind. Der Ruf der UBS in den USA ist daher schlecht. Der Staat misstraut der Bank. Sie ist im Gegensatz zu dem, was die UBS in ihrem Communiqué schreibt, nicht aus dem Schneider.

**Aber auch nicht mehr unmittelbar bedroht.**

Die UBS ist nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die USA systemrelevant. Die US-Behörden wissen das und entziehen der Bank daher nicht sofort die Lizenz. Aber die Busse ist saftig, die Warnung sehr deutlich. Man hat die UBS bewusst härter bestraft, als dies bei anderen Geldinstituten der Fall gewesen wäre.

**Ein Lizenzentzug in Amerika bedeutete wohl das Ende der UBS.**

Das wäre eine sehr bedrohliche Situation, ja.

**«Nicht jedes Mal, wenn der UBS Fehlverhalten vorgeworfen wird, hat sie etwas falsch gemacht.»**

**Wäre ein Deferred Prosecution Agreement nicht auch die Lösung für die anderen elf Schweizer Banken, die in den USA unter Verdacht stehen?**

Es handelt sich bei den elf verdächtigten Banken um andere potenzielle Straftatbestände als jetzt bei der UBS. Aber die UBS dient gewissermassen als Vorbild, wie die Probleme mit dem US-Justizministerium gelöst werden könnten.

**Das heisst: Die anderen Schweizer Banken müssen sich freikaufen?**

Daran scheint kein Weg vorbeizuführen.

**In Japan hat sich die UBS schuldig bekannt. Droht dort ein Lizenzentzug?**

Das glaube ich nicht. Die Japaner sind vorsichtige Leute.

**Aber ausschliessen können Sie das nicht?**

Damit rechne ich nicht. Die UBS ist auch in Japan ein grosser Player und ein wichtiger Arbeitgeber.

**Die Bank steht auch in Frankreich am Pranger. Möglicherweise eröffnet die Staatsanwaltschaft von Paris ein Verfahren.**

Frankreich ist ein anderes Problem als Japan oder die USA. Dort werden dem Budgetminister Verbindungen zur UBS vorgeworfen. Die Sache ist für die Bank zwar unangenehm, aber nicht bedrohlich.

**Warum? Ob Frankreich, Italien, Deutschland: Immer wieder steht die UBS im Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung.**

Nicht jedes Mal, wenn der UBS Fehlverhalten vorgeworfen wird, hat sie etwas falsch gemacht. Trotz zahlreicher Hausdurchsuchungen ist der Bank noch nie etwas nachgewiesen worden. Die Beweise fehlen.

**Der Schweizer Durchschnittsbürger fragt sich, was bei der UBS los ist. Ein Skandal reiht sich an den nächsten.**

Die UBS hat einen grossen Reputationsschaden. Es ist ein schwarzer Tag für die Grossbank. Auch die 1,4 Milliarden Franken Busse schenken ein. So etwas bezahlt selbst die UBS nicht einfach so aus dem Bussenkässeli, wie jetzt die Quartalszahlen zeigen.

**In der Finanzplatzstrategie des Bundesrats heisst es: «Die Integrität des Finanzplatzes muss verbessert werden.» Das ist fast Realsatire.** Ja, leider. Die Bemühungen für einen sauberen Finanzplatz gehen angesichts der Negativschlagzeilen international unter. Das ist verheerend. Es ist deshalb nicht nur ein schwarzer Tag für die UBS, sondern für den ganzen Finanzplatz Schweiz.

**Wie wirkt sich der Fall UBS auf den Kampf ums Bankgeheimnis aus?**

Direkte Auswirkungen sehe ich keine. Doch die Grundstimmung gegenüber der Schweiz bleibt natürlich negativ. Das Vertrauen ist nicht da. Es ist unser Recht, weiterhin die Abgeltungssteuer zu propagieren. Doch der internationale Zug fährt in Richtung Datenaustausch.

**Wann wird es so weit sein?**

Die Fatca-Verhandlungen haben einen beschleunigenden Effekt. Luxemburg und Belgien wanken. Die Schweiz hat bald keine Bündnispartner mehr.



**Peter V. Kunz** ist Ordinarier für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

## FINANZPLATZ: SAUBER UND STARK

Der Bundesrat hat gestern den lange erwarteten **Bericht zur Finanzmarktpolitik** verabschiedet. Er enthält eine Gesamtschau zu den Problemen. Überraschungen birgt er nicht: Der Bundesrat bekräftigt die be-

reits **bekanntem Positionen**. Banken sollen künftig sicherstellen, dass sie **nur versteuerte Gelder** annehmen. Wie sie dies tun, soll aber weitgehend ihnen selbst überlassen bleiben. Künftig sollen die Banken auch prüfen müs-

sen, ob ein Verdacht auf eine **Vortat zu Geldwäscherei** besteht, wobei schwerer Steuerbetrug neu als Vortat zu Geldwäscherei gelten soll. Klares Ziel bleibe aber ein **wettbewerbsfähiger Finanzplatz**. (SDA)

## Finma verteidigt ihren Aufseher Mark Branson

**Unabhängigkeit** Wer kontrolliert die Kontrolleure? Der Libor-Skandal bestätigt die Skepsis der Politik gegenüber der Finanzmarktaufsicht Finma – diese wehrt sich.

VON DORIS KLECK

Die Personalie ist brisant: Mark Branson ist seit 2010 in der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht (Finma) verantwortlich für die Banken. Bei der Untersuchung über die Rolle der UBS im Libor-Skandal musste der 43-jährige Brite in den Ausstand treten. Denn Branson leitete zwischen 2006 und 2007 die UBS Japan. Also ausgerechnet jene UBS-Tochter, die sich schuldig bekannt hat, Referenzzinssätze manipuliert zu haben.

Die Finma stellte sich gestern hinter ihren Bankenaufseher. Sprecher Tobias Lux betonte, dass keine der fünf Untersuchungen von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden einen Hinweis enthalte, dass Branson von den Libor-Manipulationen gewusst hat oder gar involviert war. Weiter sagt Lux, dass die Fixed-Income-Abteilung, der die fehlbaren Händler angehört hatten, direkt nach Zürich und London rapportiert hätten und nicht ihrem lokalen Chef. Dass Branson in dieser Angelegenheit dennoch in den Ausstand trat, begründet die Finma mit der Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach «jeder Anschein von Befangenheit zu vermeiden ist».

**Frage der Glaubwürdigkeit**

Dieser Satz ist Wasser auf die Mühlen der Bankenkritiker wie die Nationalräte Daniel Vischer (Grüne/ZH) oder Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL). Sie sehen sich darin bestätigt, dass Branson ein Problem für die Glaubwürdigkeit der Finma und damit nicht mehr tragbar ist. Die engen personellen Verflechtungen zwischen den Banken und ihrer Aufsichtsbehörde sind Leutenegger Oberholzer schon lange ein Dorn im Auge. Bereits bei der Wahl des ehemaligen UBS-Mannes in die Finma-Geschäftsleitung monierte die Baselbieterin in einem Vorstoss die mangelnde Unabhängigkeit der Finma gegenüber den Banken. Für Vi-



**Mark Branson:** Mangelnde Unabhängigkeit oder Edelsachbearbeiter? KEY

schers ist klar, dass ein ehemaliger UBS-Mann als Aufseher eine «Beiss-hemmung» hat.

SVP-Nationalrat Hans Kaufmann und FDP-Präsident Philipp Müller überlassen die Beurteilung der Glaubwürdigkeit Bransons dem Verwaltungsrat der Finma. Kaufmann spricht zwar von «Nulltoleranz», gleichzeitig zeichnet der Bankexperte aber ein

differenziertes Bild. Denn der Fall Branson offenbart ein bekanntes Dilemma: Die Finma braucht Praktiker, die mit den Bankern auf Augenhöhe diskutieren können, wenn sie ihre Aufsichtspflicht richtig wahrnehmen will. Und die Erfahrungen holt man sich nun mal nicht im Studium, sondern bei einer Tätigkeit bei einer Bank selbst. Oder wie es Kaufmann sagt:

«Ein Uni-Absolvent als Aufseher wird von den Investmentbankern zerredet.»

Der Finma wird vorab von bürgerlichen Politikern nicht nur vorgeworfen, dass sie zu viel reguliert. Viel ist auch von Inkompetenz und den vielen personellen Wechseln die Rede. Pikant dabei ist: Auf Branson scheint die Kritik nicht zuzutreffen. «In der Branche wird er als sachkundig bezeichnet», sagt Hans Kaufmann. Und die «Bilanz» schrieb kürzlich, der Brite gelte angesichts seiner Fachkompetenz und seiner zurückhaltenden Art als der Edelsachbearbeiter der Finma.

**Weshalb zugewartet?**

Die Rolle Bransons wird in der Politik noch zu reden geben. Die Grüne Partei fordert eine Parlamentarische Untersuchungsbehörde (PUK) zur Rolle der Finma im Libor-Skandal. Für Leutenegger Oberholzer braucht es zwar keine PUK, doch sie fragt sich wie Vischer und Kaufmann, weshalb die Finma erst derart spät eine Untersuchung gegen die UBS eingeleitet hat. Die ersten Gerüchte über die Libor-Manipulationen tauchten 2008 auf. Also just in

**«Wenn eine Bank ausgeraubt wird, verlangt man auch keine Untersuchung der Polizei.»**

**Philipp Müller, FDP-Präsident**

jenem Jahr, als die UBS vom Staat gerettet werden musste.

FDP-Präsident Müller verteidigt denn auch die Finma: «Die amerikanische und die britische Aufsichtsbehörde haben ebenfalls nicht bemerkt, dass ein globaler Betrug im Gang war.» Eine PUK hält er für unsinnig: «Wenn eine Bank ausgeraubt wird, verlangt man auch keine Untersuchung der Polizei oder des Gerichts.» Ohnehin ist aber klar, dass sich das Parlament bald mit der Finma auseinandersetzen wird. In der Wintersession wurden eine Reihe von Vorstössen eingereicht, welche die Finma ins Visier nehmen. Im Kern geht es dabei um ein grosses Unbehagen und die Frage: Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure?

## Auf die andere Seite

Die Verwaltungsräte der Finma wechseln gerne von der Wirtschaft zur Regulation.

**Eugen Haltiner**



Der frühere Verwaltungsratspräsident war zuvor während 32 Jahren für die Schweizerische Bankgesellschaft, später UBS, tätig. Es gab während seiner Zeit bei der Finma stets Zweifel an seiner Unabhängigkeit.

**Monica Mächler**



Die ehemalige Vizepräsidentin des Verwaltungsrates kam ursprünglich von der Zurich-Versicherung. Dorthin will sie auch zurück. Im April wird sie bei Zurich zur Wahl in den Verwaltungsrat vorgeschlagen.

**Eugenio Brianti**



Brianti arbeitete bei der UBS in Lugano und wechselte 1980 zur Bank BSI. Acht Jahre später wurde er zum stellvertretenden Direktor gewählt. Seit 2011 ist er bei der Finma, aber noch immer im BSI-Verwaltungsrat.

**Paul Müller**



Bevor Müller zur Finma kam, war er in verschiedenen Versicherungsgesellschaften tätig. Darunter Winterthur, Basler und Helvetia. Bei Swiss Life war er Mitglied der Konzernleitung und ist seit 2009 bei der Finma.

**Joseph L. Rickenbacher**



Nach einer Lehre bei der Schweizerischen Volksbank kam Rickenbacher zur Bankgesellschaft und später zur UBS. Vor seinem Wechsel zur Finma war er Chief Risk Officer für Vermögensverwaltung bei der UBS.